

## **Beschlussempfehlung und Bericht** **des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Klaus Ernst, Jutta Krellmann, Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.**  
**– Drucksache 17/1396 –**

### **Mit guter Arbeit aus der Krise**

#### **A. Problem**

Die Finanz- und Wirtschaftskrise verschärft nach Darlegung der Antragsteller die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Schon vorher sei diese zunehmend von prekären Arbeitsverhältnissen und Deregulierung geprägt worden. Eine Gesetzesinitiative solle für Verbesserungen am Arbeitsmarkt sorgen, so dass unbefristete Vollzeitarbeit mit anständigem Lohn und umfassender Absicherung die Regel werde. Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen gehören die Durchsetzung des Prinzips „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in der Leiharbeit vom ersten Beschäftigungstag an, die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung sowie die Ausweitung des Kündigungsschutzes auf alle Beschäftigten.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

#### **C. Alternativen**

Keine

#### **D. Kosten**

Kostenerwägungen wurden nicht angestellt.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 17/1396 abzulehnen.

Berlin, den 9. Juni 2010

### **Der Ausschuss für Arbeit und Soziales**

**Katja Kipping**  
Vorsitzende

**Beate Müller-Gemmeke**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Beate Müller-Gemmeke

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/1396** ist in der 37. Sitzung des Deutschen Bundestages am 22. April 2010 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie den Ausschuss für Gesundheit zur Mitberatung überwiesen worden.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller kritisieren eine Niedriglohnstrategie der vergangenen und der amtierenden Bundesregierung. Sie fordern stattdessen eine qualitäts- und nachfrageorientierte Beschäftigungspolitik, die auf Qualifizierung, Professionalisierung und hohe Löhne setze. Dienstleistungslücken sollten geschlossen und der ökologische Umbau der Gesellschaft vorangetrieben werden. Dazu sei ein Zukunftsprogramm zum Ausbau öffentlicher Dienstleistungen und für mehr öffentliche Investitionen notwendig. Insbesondere müsse die Beschäftigungspolitik aber für gute Arbeitsbedingungen sorgen.

Als Gegenmaßnahme fordern die Antragsteller eine Gesetzesinitiative mit dem Ziel, umfassend abgesicherte, unbefristete Vollzeitarbeit zum Regelfall zu machen. Dazu gehörten u. a. die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, volle Sozialversicherungspflicht für jede Arbeitsstunde und ein umfassender Kündigungsschutz. Darüber hinaus müssten Familie und Beruf besser miteinander vereinbart werden können, die Entgeltgleichheit zwischen den Geschlechtern hergestellt und ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**, der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** sowie der **Ausschuss für Gesundheit** haben den Antrag auf Drucksache 17/1396 in ihren Sitzungen am 19. Mai 2010 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Deutschen Bundestag die Ablehnung empfohlen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 17/1396 in seiner 21. Sitzung am 9. Juni 2010 abschließend beraten. Mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, mit guter Arbeit werde die Krise auch ohne den vorliegenden Antrag überwunden. Die geforderten zusätzlichen 500 000 öffentlich geförderten Arbeitsplätze zeigten, dass hier Planwirtschaft betrieben wer-

den solle. Das verdiene keine Unterstützung. Der Antrag zeige zudem ein fehlendes Verständnis von Tarifautonomie. Er gebe den Bürgern Steine statt Brot.

Die **Fraktion der SPD** stimmte den vorgeschlagenen Regelungen zur Leiharbeit und zur sachgrundlosen Befristung zu. Problematisch, weil realitätsfern, blieben aber der geforderte Kündigungsschutz von der ersten Arbeitsstunde an. Auch gebe es in vielen Bereichen bereits umfangreiche Rechte, etwa beim Mutterschutz. Ein Mitbestimmungsrecht auch in allen wirtschaftlichen Fragen, wie verlangt, finde zudem wahrscheinlich nicht die Zustimmung der Gewerkschaften. Beim verlängerten Bezug des Arbeitslosengeldes I, wie gefordert, gebe man darüber hinaus zu bedenken, dass dies Arbeitsplätze kosten könne. Insgesamt könne die Fraktion dem Antrag daher nicht zustimmen.

Die **Fraktion der FDP** kritisierte, dass die Fraktion DIE LINKE. sich offensichtlich vom Idealbild eines Arbeitsverhältnisses leiten lasse. Menschen, für die solche Arbeit unerreichbar sei, blieben damit gänzlich vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Es sei aber entscheidend, dass jeder in Arbeit komme. Das gelte auch für den geforderten Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde, der viele Arbeitsplätze gefährden würde. Die Auflagen für die Leiharbeit kämen darüber hinaus einer Abschaffung gleich. Die Fraktion lehne das ab.

Die **Fraktion DIE LINKE.** nimmt mit dem Antrag eine Positionsbestimmung vor, was man unter guter Arbeit verstehe. Das gelte beispielsweise für die Umstellung der Arbeitswelt auf altersgerechtes Arbeiten. Bisher sei dies trotz alternder Bevölkerung nicht geschehen, darin sieht man sich beispielsweise durch die IG B.A.U. bestätigt. Die Folge sei, dass viele Menschen das reguläre Rentenalter nicht gesund erreichten. Beim künftigen Renteneintrittsalter von 67 Jahren stelle sich diese Frage verschärft. Gute Arbeit beinhalte darüber hinaus Ausbildung und Mitbestimmung. Für Menschen, die mit Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen müssten, sei die Durchsetzung guter Arbeit entscheidend.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** beurteilte das Thema Gute Arbeit als wichtig. Es gebe bei vielen Forderungen inhaltliche Übereinstimmungen, beispielsweise bei der Regulierung der Leiharbeit, beim Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie bei der Entgeltgleichheit zwischen den Geschlechtern und auch bei der Forderung nach Mindestlöhnen. Aber es gebe auch große Differenzen, beispielsweise bei der Ausweitung des Arbeitslosengeldes I auf 24 Monate und ebenso bei der Unternehmensmitbestimmung, die zwar gestärkt werden solle, aber auf Augenhöhe. Hier seien die Vorschläge überzogen. Insgesamt sei der Antrag eine Ansammlung von guten, aber teilweise auch überzogenen Forderungen. Zu kritisieren sei der ständige Überbietungswettbewerb, beispielsweise beim gesetzlichen Mindestlohn. Weil die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Thema „Gute Arbeit“ aber als wichtig erachte und manche Forderungen auch unterstütze, enthalte sich die Fraktion der Stimme.

Berlin, den 9. Juni 2010

**Beate Müller-Gemmeke**  
Berichterstatlerin

